

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Katharina Dröge, Annalena Baerbock, Dr. Thomas Gambke, Dieter Janecek, Oliver Krischer, Dr. Julia Verlinden, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Dr. Tobias Lindner, Özcan Mutlu, Cem Özdemir, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“ betreibt die Regierung Etikettenschwindel. Eine Koalition aus Union und SPD hat versäumt, die Wirtschaftskrise vor sechs Jahren zum Umsteuern zu nutzen. Die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel vergeudete die Chance, in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Damals hieß es Abwrackprämie statt Aufbruchprogramm.

Auch heute vergeudet die Bundesregierung die Chance für einen Aufbruch in eine sozialere und ökologischere Gesellschaft. Die große Aufgabe unserer Zeit ist, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen. Doch statt mit Tatkraft eine bessere Zukunft zu gestalten, gibt es Rentengeschenke an Stammwähler, Strompreisgeschenke an die Industrie, Fremden-Maut für die Fans im Bierzelt. Es wird verteilt, ohne dass die Bundesregierung die wachsende Vermögensungleichheit angeht und ohne zu investieren. Dass zu viele Bürgerinnen und Bürger gar nichts besitzen und wenige sehr viel, ist eine gesellschaftlich relevante Frage und auch ein wirtschaftliches Hemmnis.

Statt Forschung, Innovation und Investitionen anzureizen, werden finanzielle Spielräume verschleudert. Statt für den demografischen Wandel vorzusorgen und die Armut zu bekämpfen, werden die Sozialkassen geplündert und zukünftige Kostensteigerungen auf die Beitragszahler abgewälzt. Statt massiv in frühkindliche Bildung und Kitaplätze zu investieren, wird mit dem Betreuungsgeld eine Daheimbleib-Prämie für

Frauen gezahlt. Statt dringend notwendige Sanierungsinvestitionen beim Bestand von Straßen und Schienen vorzunehmen, wird auf Neubau gesetzt. Die vom Finanzminister Schäuble bisher angekündigten zusätzlichen Investitionen von pro Jahr 3,3 Mrd. Euro sind völlig unzureichend. Allein das „Rentenpaket“ kostet im Jahr 2015 10 Mrd. Euro, ohne die Probleme der Altersarmut zu lösen.

Die Projektliste, welche die Bundesregierung im Rahmen des europäischen Investitionsprogramms nach Brüssel geschickt hat, ist ein Armutszeugnis. Sie umfasst extrem teure ÖPP-Projekte im Straßenbau, überflüssige Elbe- und Weservertiefung und Milliardengräber wie die A 20. Die Liste ist ein Sammelsurium an Projekten, die in den meisten Fällen weder zukunftsfähig noch neu noch europäisch sind. Derzeit immer weiter auf ÖPP-Projekte zu setzen, ist ein teurer und gefährlicher Irrweg der Bundesregierung. Höhere Zinskosten und große Renditeerwartungen der privaten Unternehmen führen zu einer künstlichen Verteuerung von Investitionen. Dies hat auch der Bundesrechnungshof jüngst ausführlich in seinem Bericht zu Milliardenmehrkosten beim Autobahnbau durch ÖPP dargelegt. Anstatt ÖPP zu forcieren, sollte der Staat vielmehr klare Prioritäten bei den Investitionen im Haushalt setzen und Anreize dafür schaffen, das private und unternehmerische Investitionsklima in Deutschland zu verbessern.

Nur wer eine klare Vorstellung von einer nachhaltigen Wirtschaft hat, die Ökologie und Ökonomie und soziale Belange miteinander verbindet, kann eine Aufbruchstimmung in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft herbeiführen, die zusätzliche Investitionen freisetzt. Wenn heute der Mittelstand nicht investiert, liegt es auch an der Verunsicherung, welche Rahmenbedingungen mittel- und langfristig in Deutschland die Politik bestimmen werden. Und genau an dieser Stelle bleibt die Regierung nebulös, geführt von einer Kanzlerin, die kein klares Bild von der Zukunft entwickeln kann.

Auch wenn die Struktur der Wirtschaft sich auf einige, wenige große Unternehmen konzentriert, ist der Wettbewerb und damit das Investitionsklima in Gefahr. Damit auch kleinere und mittlere Unternehmen faire Investitionschancen vorfinden, ist eine aktive Wettbewerbspolitik wichtig. Hier schaut die Bundesregierung nur zu, statt zu handeln.

Diese Bundesregierung setzt auf Betonprojekte statt auf Zukunftsinvestitionen. Sie fährt auf Sicht, wo der Horizont weit ist. Und sie betreibt lieber nationale Nabelschau anstatt für eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Investitionspolitik zu kämpfen. Das Billionenprogramm der EZB zum Ankauf von Staatsanleihen ist kein Ruhekitzel für die Kanzlerin. Es ist ein dringlicher Appell, endlich zu handeln. Die zusätzliche Liquidität muss in sinnvolle Investitionen fließen, damit mehr wirtschaftliche Dynamik in Europa entsteht. Auch mehr Investitionen in Deutschland würden unseren europäischen Nachbarn helfen. Doch die Bundesregierung verweigert bisher die Verantwortung für Europa: Anstatt sich finanziell am europäischen Investitionsprogramm zu beteiligen und Investitionen im Inland selbst zu finanzieren, will sie europäisches Geld in eigene Projekte umleiten, das in anderen Mitgliedstaaten der EU viel dringender gebraucht wird.

Es ist Zeit für einen Aufbruch. Nie hatten wir so viel Wissen, nie waren wir weltweit so gut vernetzt, nie hatten wir so viele Chancen. Auf die zweifellos gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, müssen wir mit Tatkraft reagieren, um eine bessere Zukunft zu gestalten.

Die Mittel sind vorhanden, um jetzt in unsere Zukunft zu investieren. Es braucht auch den Willen. Ausgaben z. B. bei Rüstungsprojekten müssen in Zukunftsinvestitionen umgeleitet werden. Die Mittel müssen zielgerichtet dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden, etwa bei den Kommunen vor Ort. Die über 50 Mrd. Euro klimaschädlichen Subventionen müssen konsequent angegangen und schrittweise und zügig abgebaut werden. Kapitaleinkommen müssen wieder progressiv wie Arbeitsein-

kommen besteuert werden. Die Abgeltungsteuer ist abzuschaffen. Auch könnten beispielsweise durch eine zügige Reform der Erbschaftsteuer finanzielle Spielräume geschaffen werden, um Zukunftsinvestitionen in Deutschland solide zu finanzieren, wodurch auch der wachsenden Vermögensungleichheit begegnet würde. Die Bekämpfung der Vermögensungleichheit ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sie ist auch ökonomisch notwendig. Wirtschaftliche Stabilität braucht Maßnahmen, die einer weiteren Vermögenskonzentration entgegenwirken und diese korrigieren.

Das gleiche Prinzip muss auch auf EU-Ebene gelten. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Mittel aus dem EU-Haushalt, die in Atomkraft oder die Agrarindustrie fließen, in europäische Zukunftsinvestitionen umgeleitet werden. Auch müssen Steuerflucht und Steuergestaltung durch eine gemeinsame europäische Initiative stärker bekämpft werden, um zusätzliche Mittel für Investitionen zu heben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Investitions- und Handlungsprogramm aufzulegen, mit dem Deutschland und Europa in eine moderne, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft aufbricht:

- Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz

Es ist eine kluge Investition, Geld ins Energiesparen zu stecken. Denn eine konsequente Effizienzstrategie ist gleich vierfach gewinnbringend: Sie senkt die Energiekosten von Privathaushalten, Gewerbe und Industrie, sie senkt die Abhängigkeit von teuren Brennstoffimporten, sie fördert Innovation und private Investitionen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sie schützt oben-drein das Klima. Die völlig unzureichenden Fördermittel in diesem Bereich sollen im Rahmen eines Investitionsprogramm Energieeffizienz auf 6 Mrd. Euro aufgestockt und zusammengefasst werden. Davon sollen 3 Mrd. Euro in einen neuen Energiesparfonds zur Förderung des Energiesparens fließen, für soziale energetische Quartierssanierung in Wohngebieten mit hohem Anteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen, die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften sowie Energieeffizienzinvestitionen in Unternehmen, 2 Mrd. Euro jährlich für die verstetigte KfW-Förderung verwendet und zusätzlich steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro neu eingeführt werden.

- Investitionen in ein zusammenwachsendes Europa

Deutschland soll sich mit 12 Mrd. Euro am geplanten EU-Investitionsfonds beteiligen. Europäische Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Energienetze, Bildung, Forschung und schnelles Internet sind genauso dringend notwendig wie die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. Dabei muss sich die Bundesregierung neben Anreizen für private Investitionen auch für die Finanzierung öffentlicher Projekte einsetzen.

Wichtige Probleme wie die Nachfrageschwäche oder auch die mancherorts massiv eingebrochenen Investitionen der öffentlichen Hand müssen darüber hinaus gelöst werden. Daher kann der Juncker-Plan auch nur ein Baustein einer europäischen Antwort auf die Krise sein.

- Investitionen in Forschung und Innovation

Für kleine und mittlere Unternehmen bis 250 Mitarbeiter soll eine Steuergutschrift für alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben eingeführt werden, die die bisherige Projektförderung ergänzt und einen unbürokratischen, berechenbaren und breiten Zugang zur Forschungsförderung bietet, der auch für kleinere Unternehmen und Gründungen geeignet ist.

- **Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft**

Forschung und Wissenschaft sind Zukunftsvorsorge und Basis für sozial-ökologische Innovationen. Wir müssen gezielt in Infrastrukturen des Wissens investieren. Der Nachhol- und Modernisierungsbedarf der Universitäten und Fachhochschulen bei Bauten, Technik und Geräten für Forschung und Lehre aus den letzten Jahren muss aufgefangen und verlässliche Rahmenbedingungen bei der baulich-technischen Infrastruktur geschaffen werden. Um mehr Teilhabe zu ermöglichen und Wissen von unten miteinander zu vernetzen, müssen wir gezielt in offene digitale Plattformen investieren, die öffentlich verfügbares Datenmaterial für alle zugänglich und nutzbar machen (Open Data). Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe brauchen wir eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandinfrastruktur für alle. Über die Breitbandversorgung hinaus sollen öffentliche wie private Vorhaben, die den Ausbau von kostenfrei nutzbaren und öffentlich zugänglichen WLAN-Netzwerken zum Ziel haben, aktiv unterstützt werden.
- **Investition in moderne Mobilität**

Straßen ohne Schlaglöcher und intakte Eisenbahnbrücken sind eine Grundvoraussetzung für Mobilität und die Wirtschaft. Hier sind Investitionen in Instandhaltung und Sanierung dringend notwendig. Die Energiewende sowie die Digitalisierung unserer Lebenswelt werden aber die Art und Weise, wie wir Entfernungen überwinden, massiv verändern. Die Mobilität der Zukunft ist vernetzt und in der Regel elektrisch oder durch eigene Muskelkraft betrieben. Wir brauchen eine Offensive für einen umweltfreundlichen, öffentlichen Personennahverkehr, einen konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur und gezielte finanzielle Anreize für den Kauf von Elektroautos. Der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur, ein bundesweites Parkvorrecht für Elektroautos an Ladepunkten und der Ausbau von Radschnellwegen für Pedelecs und E-Bikes ebnen den Weg für die Mobilität von morgen.
- **Investitionen in Kommunen**

In den Kommunen werden ca. 60 Prozent der öffentlichen Investitionen getätigt, d. h. ohne umfangreiche kommunale Investitionen leidet die Zukunftsfähigkeit. Der aktuelle kommunale Investitionsstau in Höhe von 118 Mrd. Euro zeigt, Kommunen leben von der Substanz. In vielen Kommunen gehören Schlaglöcher, Sanierungsbedürftige Schulturnhallen und marode öffentliche Gebäude zur Alltagserfahrung der Bürgerinnen und Bürger. Für die energetische Gebäudesanierung fehlt das Geld. Jahrelang musste den Kosten notwendiger kommunaler Investitionen der Haushaltskonsolidierung Priorität eingeräumt werden. Deshalb benötigen die Kommunen finanziellen Spielraum zur Steigerung ihrer Investitionstätigkeit und zur Überwindung des Investitionsstaus. Die versprochene Entlastung bei den sozialen Pflichtausgaben (Eingliederungshilfe) von 5 Mrd. Euro für diese Legislaturperiode muss endlich eingelöst werden. Darüber hinaus wollen wir 1 Mrd. Euro jährlich zur Unterstützung der Flüchtlingshilfe vor Ort bereitstellen.
- **Kinder fördern – die offene Gesellschaft stärken**

Ein fortschrittliches Betreuungs- und Bildungssystem legt den Grundstein für den Wohlstand künftiger Generationen und ist Voraussetzung für Chancengleichheit und Teilhabe. Länder und Kommunen müssen vom Bund finanziell unterstützt werden, um das Bildungs- und Betreuungssystem an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts neu auszurichten. Der Kita-Ausbau muss vorangetrieben und qualitative Standards in der frühkindlichen Bildung und Förderung bundesgesetzlich verankert und gewährleistet werden, damit alle Kinder ihre Potentiale voll entfalten können. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss aufgehoben werden. Dann müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass alle Kinder individuell gefördert werden und alle Schulen Lernorte für die offene und inklusive Gesellschaft werden.

- **Moderne Einwanderungsbedingungen für einen weltoffenen und innovativen Standort Deutschland**
Angesichts des demografischen Wandels und des sich für die Zukunft abzeichnenden breiten Fachkräftemangels braucht es ein Einwanderungsgesetz, das unter anderem mit gesellschaftlich vereinbarten Kriterien die Arbeitsmigration steuert.

Berlin, den 27. Januar 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

